

Meinungen

Finanzkrise Es droht ein Scheitern der Eurozone und damit ein Scheitern des europäischen Projekts als solches. *Joschka Fischer*

Mit offenen Augen in die Katastrophe

Seit dem Beginn der griechischen Schuldenkrise im Spätwinter 2010 mussten und müssen die wichtigsten europäischen Akteure eigentlich um die Risiken und die Konsequenzen wissen, die sich für die EU daraus ergeben. Sie hinterlassen beim Publikum aber nicht diesen Eindruck.

Es geht seit damals nicht nur um Griechenland, sondern um sehr viel mehr: Es droht ein von der ungeordneten Insolvenz Griechenlands ausgehender Schneeballeffekt, der weitere Länder der südlichen Peripherie der EU, darunter auch sehr grosse und damit systemrelevante europäische Banken und Versicherungen, mit in den Abgrund reissen wird; es droht in der Folge davon eine erneute Krise des Weltfinanzsystems mit einem erneuten weltwirtschaftlichen Schock wie im Herbst 2008; und es droht ein Scheitern der Eurozone, das den gemeinsamen Markt nicht unbeschädigt lassen wird, und deshalb auch zum ersten Mal in seiner Geschichte ein Scheitern des europäischen Projektes als solches. Im Klartext: Es geht um fast alles!

Warum, muss man sich dann allerdings fragen, regiert seitdem statt energischen Krisenmanagements und einer visionären Neuausrichtung der EU als Antwort auf deren existenzbedrohende Krise fast ausschliesslich das Prinzip des «zu wenig und zu spät»? Mangelnde Entschlossenheit, nationale

Der Autor

Joschka Fischer, geb. 1948, Mitbegründer der deutschen Grünen, war 1998 bis 2005 in der rot-grünen Koalition unter Gerhard Schröder Aussenminister und Vizekanzler.



Egoismen und ein dramatisches Führungsdefizit bestimmen das Verhalten der EU und ihrer wichtigsten Mitgliedstaaten in dieser Krise.

Auch Staaten können pleitegehen, aber anders als Unternehmen verschwinden sie danach nicht. Sie bleiben. Und man sollte deshalb Staaten weder bestrafen noch ihre fortgeltenden Interessen unterschätzen. Statt Bestrafung empfindet es sich, zahlungsunfähigen Staaten Hilfe zur Neustrukturierung zu gewähren, und zwar nicht nur im finanziellen Sektor, sondern weit darüber hinaus, damit sie sich aus ihrer Krise herausarbeiten können.

Probleme nicht angepackt

Dieses Faktum gilt heute ganz besonders für Griechenland, dessen Strukturprobleme noch weitaus umfassender sind als seine Zahlungsschwierigkeiten. Warum die EU bisher darauf verzichtet hat, diese umfassenden Strukturprobleme gemeinsam mit der griechischen Regierung anzupacken, eine entsprechende Wiederaufbaustrategie für die Realwirtschaft und die staatlichen Strukturen und deren Finanzierung zu entwickeln und so der griechischen Bevölkerung ein Licht am Ende des Tunnels zu zeigen, ist ebenfalls schwer erklärlich.

Jeder weiss, dass Griechenland sich ohne eine massive Entschuldung nicht



Frankreich und Deutschland müssten kooperieren: Kanzlerin Merkel und Präsident Sarkozy am Freitag am EU-Gipfel in Brüssel. Foto: François Lenoir (Reuters)

aus seiner Krise wird herausarbeiten können. Die Frage ist nur noch, ob dies geordnet und kontrolliert geschieht oder ungeordnet und mit chaotischen Konsequenzen weit über Griechenland hinaus.

Die Debatte in Deutschland, ob man die griechischen Schulden bezahlen müsse, ist angesichts der Faktenlage lachhaft, denn entweder kommt es zu einem geordneten Zahlungsausfall oder zu einem ungeordneten. Im ersten Fall wird Deutschland, gemeinsam mit anderen, bezahlen müssen, im zweiten Fall erst recht, weil dann offensichtlich würde, dass es weniger um Griechenland als vielmehr um die Zahlungsunfähigkeit europäischer Banken und Versicherungen ginge, deren Pleite ein systemisches Risiko birgt. Worauf warten die Regierungschefs der Eurozone eigentlich? Will man den Bevölkerungen keinen reinen Wein einschenken, weil man um die eigene Mehrheitsfähigkeit und Wiederwahl fürchtet?

Eigentlich eine politische Krise

Die europäische Finanzkrise ist eigentlich eine politische Krise, weil die Staats- und Regierungschefs nicht in der Lage sind, sich für Massnahmen zu entscheiden. Stattdessen verliert man Zeit mit Nebensächlichkeiten.

So richtig es grundsätzlich ist, eine Beteiligung der Banken an der Finanzierung der Krise zu fordern, so wenig Sinn macht es, darauf zu bestehen, solange eine solche Beteiligung getreu der Devise «too big to fail» zu einer erneuten Krise des Finanzsystems führen kann. Zu Beginn des Jahres 2009 hätte dazu durch eine Neuaufstellung des gesamten Systems eine grosse Chance bestanden, aber diese liess man kaum genutzt verstreichen.

Wenn diese existenzbedrohende politische Krise der EU nicht beantwortet wird, wird die Finanzkrise sich weiter voranpressen und die EU destabilisieren. Im Zentrum der politischen Krise steht die Gewissheit, dass der Euro und die EU als Ganzes ohne politische Union nicht überleben werden.

Entweder will man den Euro erhalten und muss sich dann schleunigst auf den Weg in die politische Union ma-

chen, oder man wird den Euro und die europäische Integration nolens volens rückabwickeln. Europa würde dann nahezu alles verlieren, was es an Integrationsfortschritten über ein halbes Jahrhundert hinweg erreicht hat, und sich in ein Europa der Renationalisierung zurückentwickeln. Dies wäre in der entstehenden neuen Weltordnung schlicht eine Tragödie.

Der scheidende Präsident der EZB, Jean-Claude Trichet, hat versucht, eine Antwort auf die Existenzkrise der EU und des Euro zu geben, als er die Einsetzung eines europäischen Finanzministers vorschlug. Die Reaktion der Staats- und Regierungschefs war deprimierend und zeigte, dass im Europäischen Rat kaum jemand bereit ist, sich der Krise wirklich zu stellen. Wir werden mehr, nicht weniger Europa brauchen, mehr, nicht weniger Integration. Stabilitäts- und Transferunion müssen zusammengehören und, ja, die reichen Volkswirtschaften - vorneweg Deutschland - werden den Weg aus der Krise bezahlen müssen.

Die entscheidenden Akteure

Deutschland und Frankreich, die zwei entscheidenden Akteure, müssen zu einer gemeinsamen Strategie kommen, da nur sie diese durchsetzen können. Allerdings gibt es ein Problem: Die weitergehende politische Integration ist mit dem Verfassungsreferendum an Frankreich gescheitert, die weitergehende wirtschaftliche Integration droht an Deutschland zu scheitern.

Deswegen bedarf es eines freimütigen Dialogs zwischen den beiden Partnern über eine umfassende Neuaufstellung der Währungsunion. Vertragsänderungen sind nicht möglich, also wird man andere Wege gehen müssen. Umso wichtiger wird deshalb das deutsch-französische Paar.

Wir Europäer sollten aber nicht vergessen, wie wichtig der Bestand und die Zukunft der EU für uns alle sind. Das europäische Wappentier ist der Stier und nicht ein kopfloses Huhn, wie es gegenwärtig den Anschein haben könnte. Vergessen wir das nicht!
© Project Syndicate 2011

Tribüne I Ein 277-Mio.-Sparpaket ist keine Wellnesskur. *Blaise Kropf*

Den Bock nicht zum Gärtner machen

Am 20. Juni präsentierte der Regierungsrat ein 277-Millionen-Sparpaket. Dieses stellt eine Zäsur in der Berner Finanzpolitik dar. Nach 13 finanziell sehr erfolgreichen Jahren droht eine drastische Neuverschuldung. Woher kommt die plötzliche Neuverschuldungsgefahr? Wer trägt welche Verantwortung? Wie ist der finanzpolitischen Herausforderung zu begegnen?

Wie sehr eine unkontrollierte Schuldzunahme ein Gemeinwesen politisch lähmen kann, weiss der Kanton Bern aus eigener Erfahrung. Nach einer Reihe hoch defizitärer Rechnungsabschlüsse erreichte die Staatsverschuldung 1997 den Rekordwert von mehr als 11 Milliarden Franken.

Dieses finanzielle Desaster degradierte die Politik während vieler Jahre zu reiner «Sparverwaltungspolitik». Fast im Jahrestakt beschloss der Regierungsrat und der Grosse Rat zwischen 1991 und 2002 Sparpakete - insgesamt resultierten über 700 Abbaumassnahmen.

Grounding nach Steuersenkungen

Erstaunlich ist, dass kaum je eine breite Debatte über die Ursachen des finanziellen Groundings stattfand. Dabei ist offensichtlich: Die Schuldenspirale kam ins Drehen, nachdem der Grosse Rat Ende der 1980er-Jahre drei aufeinanderfolgende Steuersenkungen beschlossen hatte. Dummerweise kollidierten diese mit einer konjunkturellen Krise, was die explosionsartige Zunahme der Schulden begünstigte. Stehen wir heute nicht exakt vor derselben Situation?

Tatsächlich hat die drohende Neuverschuldung mehrere Ursachen:

- Erstens spürt der Kanton die Auswirkungen der Finanzkrise von 2008. Die Steuereinnahmen werden 2012 wohl mehrere Hundert Millionen Franken unter dem Niveau liegen, welches ohne die Rezession von 2009 realistisch gewesen wäre.

- Zweitens - auch dies eine Folge der Finanzkrise - wird die Schweizerische Nationalbank ihre Gewinnausschüttungen an die Kantone reduzieren oder gar einstellen; ein Totalausfall trafe den Kanton Bern mit 200 Mio. Franken.

Neben diesen konjunkturellen Ursachen gibt es strukturelle Faktoren:

- Die von National- und Ständerat beschlossenen Änderungen des Krankenversicherungsgesetzes und der Pflegefinanzierung belasten Bern mit 285 Mio. Franken.
- Und schliesslich verschlechtern die Senkung der Motorfahrzeugsteuern

Wer heute neue Steuersenkungen anpeilt, leistet der Zukunftsfähigkeit dieses Kantons einen Bärendienst.

und die bei der letzten Steuergesetzrevision von den bürgerlichen Parteien durchgeboxten Tarifierungen das Budget um 258 Mio. Franken.

Rekordverdächtiges Sparpaket

Volle 93 Prozent der vom Regierungsrat beschlossenen Sparmassnahmen gehen also drauf, um Steuersenkungen zu finanzieren. Ist das angesichts der sonstigen finanziellen Herausforderungen verantwortbar? Oder anders gefragt: Könnte der Regierungsrat ohne grössere Probleme noch wesentlich mehr sparen, wie dies Dölf Barben in seinem Kommentar im «Bund» unterstellt hat?

Nein. Allein ein Vergleich des 277-Millionen-Sparpakets mit der bisher grössten Berner Sparübung - dem SAR-Paket von 2002 - widerlegt diese These. Die Einsparungen von SAR betragen im ersten Jahr gerade einmal halb so viel wie beim heutigen Sparpaket, nämlich 141 Mio. Franken; mehr als ein Drittel dieses Betrags wurde durch eine Beschränkung der Lohnmassnahmen erreicht.

Bei den Lohnmassnahmen sparen will der Regierungsrat auch heute. Allerdings zählt er diese Kürzung nicht mit - sonst betrüge der Umfang des Sparpakets statt 277 Mio. fast 400 Mio. Franken. Beim eigentlichen Leistungsabbau bietet sich dasselbe Bild: Die vorgeschlagene Kürzung von 80 Mio.

Der Autor

Blaise Kropf, geb. 1972 in Bern, studierte Geschichte, Soziologie und Volkswirtschaft an der Universität Bern. Seit 2002 sitzt er im Grosse Rat und vertritt dort die Grünen in der Finanzkommission. Seit 2006 ist er Präsident der Grünen Kanton Bern. Beruflich ist er bei der Gewerkschaft VPOD tätig.



Franken bei der Spitalversorgung ist viermal mehr, als der Regierungsrat 2002 am selben Ort sparen wollte; bei der Polizei betrug der Abbau 2002 2,6 Mio. Franken - jetzt sind es 6 Mio. Franken. Bei der Betreuung von Menschen mit einer Behinderung ist eine doppelt so hohe Kürzung beantragt, wie 2002 beschlossen wurde.

Erhebliche Leistungseinbussen

Diese Beispiele zeigen: Das 277-Millionen-Sparpaket ist alles andere als eine Wellnesskur. Die Massnahmen werden zu erheblichen Leistungseinschränkungen für die Bevölkerung führen und den Druck auf das Personal erhöhen. Gleichwohl: Angesichts der schier Dimension der drohenden Neuverschuldung wird man nicht darum herumkommen, in eine seriöse Diskussion um die Sparmassnahmen zu treten.

Wer heute allerdings so tut, als könne der Kanton Bern das Sparvolumen locker vom Hocker vervielfachen, oder wer gar neue Steuersenkungen anpeilt, leistet der Zukunftsfähigkeit dieses Kantons einen Bärendienst. Das wäre, als würde man den Bock zum Gärtner machen.

Tribüne II Basejumping ist sicherer, als viele meinen. *Markus Wyler*

Ein seltener Todessprung

Der tödliche Unfall in Lauterbrunnen am vergangenen Sonntag hat Basejumping wieder einmal zum Thema gemacht. Die Medien berichten von über zwei Dutzend Todesfällen innerhalb von zwei Jahren. Natürlich war auch dieser (zweite) tödliche Unfall 2011 einer zu viel. Setzt man jedoch die sieben tödlichen Unfälle der letzten 24 Monate in Relation zu den jährlich rund 15 000 Sprüngen, ergibt dies ein anderes Bild: Basejumping ist mittlerweile ein fester Bestandteil der Schweizer Zivilluftfahrt geworden.

Wegen der vielen hohen und damit relativ sicheren Absprungstellen sowie der guten Erreichbarkeit und Erschliessung durch Bergbahnen ist Lauterbrunnen weltweit das Mekka der Basejumper. Drei Hauptgefahren birgt die Extremsportart: verdrehte Schirmöffnung, Selbstüberschätzung und Öffnungshöhe. Die eigens für Base-Sprünge ausgelegte Ausrüstung hat grosse Fortschritte gemacht. Fallschirme öffnen sich zuverlässig. Mit den Flügelanzügen werden drei Meter horizontal auf einen Meter vertikal

geflogen. Dies ohne Motor oder aufwendiges Fluggerät. Basejumping kommt somit dem ewigen Traum der Menschen - dem Fliegen - sehr nahe.

Lernt man Basejumper kennen, stellt man schnell fest, dass unzählige von ihnen keine todeslustigen Spinner sind. Die lebensfrohen Sportler gehen ihrer Faszination nach, geniessen die Natur und sind gewillt, das Restrisiko zu tragen. Ein gewisses Suchtpotenzial birgt der Sport aber in sich: 60 Prozent der jährlich rund 500 Springer sind nicht zum ersten Mal in Lauterbrunnen

am Start. Auch die Einheimischen kennen die aus rund 30 Ländern stammenden Sportler mittlerweile und schätzen jeweils die freundliche Grussbotschaft. Der Schweizer Verband Swiss Base Association regelt die Entgeltung der Landezonennutzung mit den Landwirten sowie die Luftraumregelung mit den Gleitschirm-piloten.

Markus Wyler ist Basejumper aus Unterseen bei Interlaken und Pressesprecher der Swiss Base Association.

Der Bund

Verleger: Charles von Grafenried
Redaktion: Dammweg 9, Postfach, 3001 Bern
Tel. 031 385 11 11, Fax 031 385 11 12
Verlag: Der Bund, c/o Espace Media AG,
Dammweg 9, Postfach, 3001 Bern
Tel. 031 330 31 11, Fax 031 330 36 86
Redaktionsleitung:
Chefredaktor: Artur K. Vogel (akv)
Stellvertretender Chefredaktor: Patrick Feuz (paf)
Chef vom Dienst: Beat Stähli (sbb)
Lokale Ressorts: Bernhard Ott (bob)
Website: www.derbund.ch
E-Mail: redaktion@derbund.ch
Leitung Espace Media: Ueli Eckstein
Inserate: Berner Zeitung, Dammweg 9,
Postfach, 3001 Bern
Telefonische Anzeigenannahme:
Tel. 031 330 33 10, Telex 912 160, Fax 031 330 35 71
E-Mail: inserate@espacemedia.ch
ISDN-Nr. 031 348 02 40 (2-Kanal)
Ombudsmann: Ignaz Staub, Postfach 837, 6330 Cham 1;
E-Mail: ombudsmann.tamedia@bluewin.ch.